

Steffen Siegel  
Panoramastr.64  
73765 Neuhausen  
T.: 07158-5850

**An Frau Staatsrätin Erler und Herrn Ministerpräsident Kretschmann**

12.12.2012

Sehr geehrte Frau Erler,  
sehr geehrter Herr Kretschmann,

die Berichte der letzten Tage über die Aussagen und Interpretationen des grünen Teils der Landesregierung zu den Themen Bürgerbeteiligungen, Filderdialog und Volksabstimmung lassen mich zweifeln, ob die grüne Politik es ernst meint mit der Ergänzung der parlamentarischen durch Elemente der direkten Demokratie.

### **Zum Filderdialog**

In Zeitungsberichten und in einem Brief an die Schutzgemeinschaft Filder haben Sie, Herr Ministerpräsident folgendes formuliert: „...die Projektpartner haben sich als **Ergebnis des Filderdialogs** darauf verständigt, die Planungsvariante `Flughafenbahnhof unter der Flughafenstraße` nun vertieft zu prüfen.“

Dies ist falsch, eine komplette Verdrehung der Ergebnisse. Die Filderdialogteilnehmer hatten sich mit großer Mehrheit für Folgendes ausgesprochen:

- Kein Mischverkehr durch L.E.
- Erhalt der Gäubahn über Vaihingen- Panoramastrecke nach Stuttgart. Dabei fand die Idee der Schutzgemeinschaft Filder, dieses mit einem S-Bahn-Ringschluss von Vaihingen über den Flughafen bis Wendlingen zu koppeln, großen Zuspruch.

Nach vielfachem Nachhaken, wie man mit Vorschlägen umgehen wolle, die sich deutlich von der Antragstrasse unterscheiden, wurde zugesagt, dass jede Mehrheitsentscheidung, auch wenn dabei Prämissen verletzt würden, am Ende des Filderdialogs **ernsthaft geprüft** würde.

Als die S 21 Projektbetreiber, Bahn, Land (Grüne hielten sich zurück), Region, Stadt und Flughafen während des Dialogs merkten, dass die Antragstrasse bei jeder Abstimmung hinten runter kippte, puschten **die Projektbetreiber und nicht die Bürger** die Idee des Flughafenbahnhofs unter der Flughafenstraße.

Mit allen Tricks wurde dabei gearbeitet. Die Bahn versagte den Dialogteilnehmern jede fachliche Information z.B. zur Antragstrasse und zu den zu erwartenden Passagierströmen und wurde dabei vom Moderator gestützt. Die Hoffnung, dass wenigstens der grüne Teil der Landesregierung die Bahn zur Informationsherausgabe zwingen würde, ging fehl.

Und obwohl in dieser **Bürgerbeteiligung** alle Projektbetreiber immer mit abstimmt und obwohl viele kritische Teilnehmer den Prozess bereits frustriert verlassen hatten, fand deren Vorschlag keine Mehrheit. Die Mehrheitsbeschlüsse (s.o.) der Dialogteilnehmer wurden,

entgegen der Zusage, nicht geprüft. Ohne jede Rücksprache manipulierten die Projektbetreiber, **ihr** Konzept eines Filderbahnhofs zum „Ergebnis des Filderdialogs“. Selbst die Grünen, die durch Winne Hermann eine eigene, gute Variante vorgeschlagen hatten, übernahmen dann diese sinnwidrige Sprechweise. Ein groteskes Schauspiel. Bürgermanipulation statt Bürgerbeteiligung. Ein Armutszeugnis für den demokratiepolitischen Ansatz der Grünen!

Zudem eine hahnebüchene Ungleichbehandlung, denn bei dieser neuen Flughafenbahnhofidee wurden viele Prämissen (Kostendeckel einhalten, Zeitschiene einhalten, Schlichterspruch berücksichtigen usw.) verletzt, die als Begründung herhalten mussten, den von der Mehrheit favorisierten Vorschlag ohne Prüfung vom Tisch zu wischen.

Und schließlich im Ergebnis ein Missgriff, denn es ist sehr fragwürdig, ob der Flughafenbahnhof unter der Flughafenstraße eine Verbesserung gegenüber der Antragstrasse darstellt. Neben Verbesserungen gibt es auch eine Reihe neuer, gravierender Probleme, - nicht zuletzt die Kostenfrage. Dazu haben wir mehrere Presseerklärungen formuliert (siehe Anhang) und aktuell am 14.11. eine gut besuchte Veranstaltung in Echterdingen durchgeführt.

### **Zur Volksabstimmung**

Sehr geehrte Frau Erler, Sie werden in den Medien zitiert mit der Aussage:  
„die (Volks-) Abstimmung sei durch die sich abzeichnenden Mehrkosten nicht überholt. Den Bürgern sei schon vor mehr als einem Jahr (vor der VA) bekannt gewesen, dass die Projektgegner mit Kostensteigerungen von bis zu sechs Milliarden Euro rechneten.“  
( wörtlich so in der SZ vom 11.12.12)

Diese Argumentation ist m.E. eine perfide Entstellung demokratischer Grundprinzipien.

Voraussetzung einer demokratischen Grundsätzen entsprechenden Abstimmung ist ein Mindestmaß an allgemeiner Information über den Abstimmungsgegenstand. War allen Bürger/innen bereits vor der VA bekannt, dass die Kosten aus dem Ruder laufen, dass der Tiefbahnhof ein Rückbau der Kapazität bedeutet, dass der Brandschutz nicht gewährleistet ist, dass die Tunneln durch quellfähigen Untergrund gehen, dass durch S 21 bis zu 1,2 Millionen mehr Fluggäste zu erwarten sind, dass S 21 dazu führen wird, dass Güter von der Bahn auf die Straße verlagert werden, dass das Grundwassermanagement nicht korrekt betrieben wird, dass für den Filderabschnitt keinerlei ernst zu nehmende Pläne vorliegen, dass der Schlichterspruch in fast keinem Punkt umgesetzt wird, dass der Stresstest nur mit Tricks zu einem unbefriedigenden Ergebnis kam usw. usw. usw.?

Ein bewusstes Hinters-Licht-Führen der Bürger/innen durch die Bahn und große Teile der Regierung wird von Ihnen Frau Erler als Voraussetzung für eine (ehrliche?) Volksabstimmung als akzeptabel angesehen?

Hätten nicht die Grünen als Regierungspartei die Macht und damit geradezu die Verpflichtung, Unklarheiten bei diesem gigantischen Projekt durch eigene Gutachten oder durch klare Forderungen an die Bahn aus der Welt zu schaffen?

Warum geht die Landesregierung nicht auf die Forderung ein, endlich die Kapazität des Tiefbahnhofs mit der des Kopfbahnhofs objektiv zu vergleichen oder vergleichen zu lassen? Die Untersuchungen von Dr. Engelhardt sind von bestechender Klarheit und naturwissenschaftlicher Überzeugungskraft. Der Bürger Engelhardt weist Sie auf unfassliche Ungereimtheiten hin und Sie als Staatsrätin für Bürgerbeteiligung oder als Ministerpräsident lassen ihn ins Leere laufen.

Zwar ist richtig, dass es zu vielen dieser Fragen bereits Informationen und Gegenmeinungen gab, die Zugänglichkeit war jedoch nicht für beide Seiten gleich gegeben.

Unabhängig von den Sichtweisen der streitenden Parteien, war die **Frage der VA in der Sache klar**. Sie selbst haben sie in der Broschüre zur VA unter der Überschrift „Worum geht es?“ klar definiert, nämlich um „die zwischen den Projektpartnern vereinbarten Kosten von 4,526 Milliarden Euro als Obergrenze der vom Land mitgetragenen Kosten“.

Ihre Argumentation folgend ist die eigentliche Fragestellung unerheblich, Maßstab der Bürger sei vielmehr gewesen, dass diese Bestimmung der Landesregierung ohnehin nicht glaubwürdig sei und es um eine Zustimmung zum Projekt in jedweder Kostenhöhe gegangen sei. Das ist eine völlig willkürliche Uminterpretation der VA-Fragestellung, die Manipulationen und Instrumentalisierung von Volksabstimmungsergebnissen in jede beliebige Richtung Tür und Tor öffnet.

Zudem unterstellt ihre Argumentation, dass nicht nur die 42% für den Ausstieg, ihnen nicht geglaubt haben und von höheren Kosten ausgegangen sind, sondern auch die Mehrheit, die für Weiterbauen votiert hatte. Eine absurde Unterstellung, die Befürworter des Weiterbaus hätten ihre Zustimmung unabhängig von der Kostengrenze gegeben. Im Gegenteil: gerade sie dürften ihren Zusagen vertraut haben.

Meines Erachtens haben Sie sich mit diesen Aussagen als Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung unglaubwürdig gemacht und dem grünen Anliegen von „mehr Demokratie“ schwer geschadet.

Mit freundlichen Grüßen

Steffen Siegel

(Vorsitzender der „Schutzgemeinschaft Filder“,

Teilnehmer des Filderdialogs)

Panoramastr.64

73765 Neuhausen

T.: 07158-5850